



Foto: S. Schubert

Desolate Zustände bei der Ostbahn Pendler protestierten und beriefen Runden Tisch ein

Anhaltende Probleme auf der Ostbahn RB26 zwischen Berlin-Ostkreuz und dem polnischen Kostrzyn nerven viele Pendler. Wenn man auf der Oststrecke unterwegs ist, wird jede Fahrt zum Glücksspiel: Kommt die Bahn? Fährt sie pünktlich? Schaffe ich die Anschlussverbindung? Es wird gedrängelt und geschubst. Auch rassistische Beleidigungen soll es auf der deutsch-polnischen Verbindung gegeben haben. Zu den 16 Stationen gehören Strausberg, Rehfelde, Müncheberg und Seelow-Gusow. Wenn es klappt, fahren die Züge der Nie-

derbarnimer Eisenbahn (NEB) ab 4 Uhr täglich im Stundentakt. In letzter Zeit kam es aber aufgrund von Bauarbeiten an der zum Teil einspurigen Strecke zu häufigen Verspätungen, Zugausfällen und schlecht funktionierendem Schienenersatzverkehr. An einer Unterschriftensammlung hatten sich über 600 Unterzeichner*innen beteiligt. Die Liste wurde am 24. Oktober dem ersten Runden Tisch übergeben. Die Initiatorinnen Friederike Fuchs und Lina Schwarz hatten hierzu die NEB, den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB), die

DB Netz AG, die mobus Märkisch-Oderland Bus GmbH sowie Landrat Gernot Schmidt und einen Vertreter der Stadt Müncheberg eingeladen. Konkrete Forderungen der Initiative wurden von der NEB allerdings als nicht erfüllbar eingestuft. NEB und VBB wollten lediglich einige mögliche Stellschrauben überprüfen. Man hat den Eindruck, dass der Bahnkunde eigentlich lästig ist. Es wird weitere Aktionen geben, um auf die schlechten Zustände aufmerksam zu machen und Veränderungen zu erreichen.

Simone Schubert

**Kerstin Kaiser
über Ukraine-Krieg**

Seite 3

**Klimakrise
Tesla, Strausee**

Seiten 5

**Schüler*innen
wollen Soziales**

Seite 6

**Das Natur-Kleinod
der Kretschmanns**

Seite 7

◀ Linke vor Ort

Wohin soll sich unsere Partei entwickeln?

Von Katharina Slanina, LINKEN-Vorsitzende Brandenburg



Foto: A. Fortunato

v.l. Niels-Olaf Lüders, Katharina Slanina, Petra Pau, Bettina Fortunato auf dem Seelower Hoffest 2022

2014 bin ich Mitglied unserer Partei geworden. Ich war stolz und voller Tatendrang. Ich stand voll hinter unserem Parteiprogramm. Aber mit den Jahren fragte ich mich, ob es nicht an der Zeit ist, dass wir unser Programm evaluieren, prüfen, ob es noch zeitgemäß ist und ob es für die Zukunft einer modernen linken Partei taugt.

Klimakrise, Krieg in Europa, Wirtschaftskrisen – unser aller Alltag hat sich radikal geändert. Neue Fragen stehen und wir brauchen auch neue Antworten. In einem bin ich mir aber sicher: Eine linke Partei mit

einem klaren solidarischen Gesellschaftsentwurf und sozialen Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit wird dringender gebraucht denn je. Wohin also soll sich unsere Partei entwickeln? Welche Vorstellungen haben wir zu einem modernen Sozialstaat im 21. Jahrhundert? Wie ist unser Verhältnis zur EU, zum Völkerrecht und den internationalen Institutionen? Wie stehen wir zu Menschen-, Freiheits- und Bürger*innenrechten und wie wollen wir sie sichern? Welche Demokratie wollen wir für die Zukunft und wie wollen wir sie sichern? Und

nicht zuletzt – denn das ist letztlich die Frage nach unserer Existenzberechtigung: Für wen und mit wem wollen wir eigentlich Politik machen? Es ist auch entscheidend, wie klar mir oder jedem einzelnen von uns die Antworten auf diese Fragen sind. Entscheidender ist aber, dass es den Menschen außerhalb unserer Partei wieder klar wird. Dazu brauchen wir Debatten und Entscheidungen.

2024 ist für uns ein wichtiges Wahljahr. Wir haben im Landesverband bereits mit dem Wahlkampf angefangen. Wir organisieren unzählige Veranstaltungen zu vielfältigen Themen. Wir diskutieren mit euch, und das werden wir auch im nächsten Jahr tun. DIE LINKE. Brandenburg will sich nicht hinter dem schlechten Bundestrend der Partei verstecken. Wir gehen nach vorn und übernehmen die Verantwortung. Es gibt vielfältige Erwartungen, die an uns als linke Partei gerichtet werden. Wir und damit meine ich jeden einzelnen, sind die Partei der Menschlichkeit. Ich möchte mit euch die Partei so verändern, dass wir wieder stolz unsere Mitgliedschaft nach außen tragen. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten!

Wir sagen: Hier ist DIE LINKE.!

Anfang November führte DIE LINKE. Altlandsberg einen Infostand zu den Themen Krieg, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und explodierende Preise durch. Wir standen gut sichtbar in unmittelbarer Nähe zum Rathaus mit Infostand, Fahne und Flip-Chart. Hier konnten die Einwohner*innen ihre Nöte und Wünsche aufschreiben und so auf einfachem Weg der Fraktion und Partei mitteilen, wo der Schuh drückt. Zudem erhielten unsere Fraktionsmitglieder ein direktes Feedback zur Kommunalpolitik, das wir in die Gremien-

arbeit einfließen lassen können. Wir verteilten außerdem auf den angrenzenden Discounter-Märkten Infomaterial über unsere Partei und Jugendorganisation. Und trotz des Einkaufsstresses der Passanten, konnten wir das eine oder andere nette und informative Gespräch führen. Unsere Motivation, möglichst viele Menschen zu erreichen, konnte auch die eine oder andere ablehnende Haltung zur Politik insgesamt nicht ausbremsen.

Wir werden wieder häufiger im Stadtgebiet Infostände durchfüh-

ren und auch andere Kommunikationsformen ausprobieren. Denn eins ist klar: Wir stehen an der Seite der Bevölkerung und werden nicht müde, für eine bessere Welt, für ein besseres Europa und für ein besseres Deutschland zu streiten!

Michael Gläser



◀ Linke vor Ort

Kriege bringen alle in Not

Kerstin Kaiser für Kriegsende mit Diplomatie statt Waffen

Sieben Jahre lang leitete Kerstin Kaiser das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau. Im Sommer musste sie die Vertretung schließen, nachdem die russische Regierung einigen ausländischen Stiftungen eine weitere Tätigkeit untersagte.

Zurück in Strausberg ist die studierte Slawistin als profunde Kennerin der Situation in Russland eine gefragte Gesprächspartnerin. Schließlich haben viele Menschen Fragen zum von Russland begonnenen Krieg in der Ukraine und wollen sich ein authentisches Bild über die Zusammenhänge verschaffen. Ende Oktober wurde Kerstin Kaiser von der LINKEN nach Hoppegarten eingeladen. Gleich zu Beginn der Veranstaltung, zu der rund 50 höchst interessierte Zuhörer gekommen waren, unterstrich sie, dass es für sie keine Rechtfertigung für diesen Krieg gäbe. Im 21. Jahrhundert dürfe kein Mensch mehr, nirgendwo, für Machtinteressen und territoriale Ansprüche sterben. Krieg



Kerstin Kaiser und Knut-Sören Steinkopf auf dem Friedensfest 2022

sei seit dem Zerfall des sozialistischen Systems in Osteuropa wieder Mittel zur Neuordnung der Welt geworden. Eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Russland und dem Westen wäre bis zu den 2000er Jahren noch möglich gewesen, später nicht mehr. Die NATO habe spätestens seit den Auseinandersetzungen auf dem Maidan in Kiew 2014 die Ukraine mit Waffen aufgerüstet und die mi-

litärische Ausbildung in dem Land vorangetrieben.

Die deutsche Regierung trage eine große Verantwortung, nicht in das aktuelle Töten hineingezogen zu werden. Schwere Waffen verlängerten nur den Krieg, den keiner gewinnen könne, so Kaiser. Kritiker des Regierungshandelns in Deutschland dürften nicht einseitig als Putin-Versteher diffamiert werden.

Russland habe bereits mit dem Beginn des Krieges verloren. Die NATO hat den Ring um das Land enger gezogen. Die Sanktionen der westlichen Länder wirkten sich bereits einschneidend auf die Wirtschaft Russlands aus, schädeten aber auch Deutschland massiv. Kriege bringen alle in Not. Gebraucht werde eine starke LINKE, die die kaum vernehmbare Friedensbewegung hierzulande beim Einsatz für eine notwendige schnelle Beendigung des Krieges auf diplomatischem Wege unterstütze, betonte Kerstin Kaiser.

Renate Adolph

Seelower Stolpersteine geputzt

Auch in diesem Jahr hat DIE LINKE. Seelow am 9. November zum Putzen der Stolpersteine aufgerufen. Gerade in einer Zeit, in der der Antisemitismus wieder zunimmt, ist ein Erinnern und Mahnen an die Pogrome von 1938 notwendiger denn je.

Stolpersteine erinnern seit 2011 an ehemalige jüdische Bewohner Seelows.

Trotz Dauerregens haben sich zwölf Frauen und Männer auf den Weg gemacht, um die Steine zu reinigen.

In der Kirchstraße erinnern fünf Stolpersteine an die Familien Irm-

ling und Wangenheim. In der Berliner Straße macht ein Stolperstein auf Adelheid Philippsborn aufmerksam und drei Stolpersteine erinnern an die Familie Reissner. Die Familien lebten zum Teil seit 1870 in Seelow. Sie wurden in verschiedene Lager deportiert und ermordet.

Am Schweizerhaus in Seelow gibt es drei Stolpersteine für die Familie Cohn. Elli und Heinz Cohn mussten von 1940 bis 1943 auf dem Gut Zwangsarbeit verrichten. 1943 wurden sie gemeinsam mit ihrer einjährigen Tochter Mathel deportiert und im KZ Auschwitz ermordet.

Der 9. November 1938 markiert den Übergang von der Ausgrenzung und Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung zur offenen Verfolgung (Wikipedia). Unternehmen wir alles, um eine Wiederholung nicht zuzulassen!

Doris Richter



◀ **Unsere Umwelt**

Kein Klimaschutz ohne Menschenrechte!



Foto: DIE LINKE

Protestaktion der LINKEN vor dem Auswärtigen Amt am 8. November 2022 in Berlin

Im November trafen sich in Ägypten 197 Nationen, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und weiterer Institutionen auf der 27. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen („COP27“), um über die

Bewältigung der Klimakrise zu beraten.

Der Co-Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Dr. Martin Schirdewan, machte deutlich: „Um die eigenen Klimaziele zu erreichen, muss die Bundesregierung viel mehr tun. Dazu gehört vor allem die Beschleunigung der Verkehrswende und der Ausbau erneuerbarer Energie“. www.die-linke.de

DIE LINKE für konsequenten Klimaschutz

Zwei Drittel der weltweiten CO2-Belastung werden von nur 100 Groß-Konzernen verursacht. Nicht die einfachen Leute bitten wir deshalb zur Kasse, etwa durch höhere Mieten oder steigende Strompreise, sondern wir holen uns das Geld bei den Verursachern. Wir wollen einen sozialen und ökologischen Systemwechsel.

- Treibhausgas-Ausstoß so schnell wie möglich runterfahren. Wir wollen, dass Deutschland bis 2035 klimaneutral wirtschaftet.
- Erneuerbare Energien ausbauen. Bis 2035 wollen wir den Bedarf vollständig decken. Der Ausbau der Erneuerbaren wirkt als Job-Motor. Niedrige Preise für den notwendigen Verbrauch sorgen dafür, dass sich alle ihren Grundbedarf leisten können.
- Raus aus der Kohle. Spätestens 2030 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz.
- Strukturwandel anpacken. Arbeit sichern.
- Landwirtschaft umbauen. Wir stärken regionale Kreisläufe. Ökologische und soziale Kriterien werden zum Prinzip der öffentlichen Förderung.

- Nulltarif im ÖPNV. 9-Euro-Ticket soll verlängert werden, und ab 2023 fordern wir einen einheitlichen Tarif in ganz Deutschland von nicht mehr als 1 Euro pro Tag. Langfristig machen wir den ÖPNV bundesweit und für alle kostenfrei. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum. Besonders dort muss das Angebot verbessert werden, damit auch dort alle Menschen mobil sind, die sich kein Auto leisten können oder wollen.

- Wir wollen die Bahn ausbauen und mit mehr Personal ausstatten. Die Ticketpreise müssen sinken. Kurzstreckenflüge und Gütertransport wollen wir auf die Schiene bringen. Dafür wollen wir schnelle Verbindungen schaffen. Stillgelegte Strecken und Bahnhöfe wollen wir reaktivieren. Die Bahn muss insgesamt nach dem Bedarf organisiert werden, nicht nach Kriterien von Markt und Profit.
- Antriebswende einleiten. Ab 2030 werden keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen. Handwerker, Taxifahrer, Pflegekräfte und andere, die viel unterwegs sein



Foto: DIE LINKE

Umweltverschmutzung

müssen, bekommen Zuschüsse für E-Autos.

- Umsteuern. Geld ist genug da, es muss nur gerechter verteilt werden. Wir wollen die Vermögenssteuer und eine soziale Steuerreform für Klimaschutz.
- Strom sparen, aber sozial gerecht: Wir wollen ein kostenfreies Grundkontingent an Strom und Wärme für alle. Alles, was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum Stromsparen geschaffen. Strom und Gassperren müssen verboten werden.

www.die-linke.de

◀ **Unsere Umwelt**

Klimakrise – Tesla – Straussee

Diskussion: Wie düster sieht der grüne Kapitalismus aus?

„Die Natur hat genauso viele Rechte wie der Mensch. Die Natur ermöglicht es, dass wir atmen können“, sagt ein Teilnehmer. Und die Philosophin, Valeria Buschi, benennt gleich zu Beginn des Diskussionsabends den Zusammenhang zwischen „Klimakrise – Tesla – Straussee“: „Die Ursachen all unserer Krisen sind in der kapitalistischen Wirtschaft zu sehen. Der Wachstumszwang zur Profitmaximierung widerspricht dem nachhaltigen Umgang mit der Natur. Es geht um Konkurrenz statt um Kooperation.“

Zum Meinungs austausch darüber, wie das politische und wirtschaftliche System neu gedacht werden könnte, um gegen die ökologischen Verwerfungen radikal angehen zu können, sind Anfang November in Strausberg zahlreiche engagierte Mitglieder von Bürgerinitiativen und des Klimaausschusses der Stadt Strausberg sowie interessierte Einwohner*innen, darunter viele Jugendliche, gekommen. Eingeladen haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Alternativen Jugendprojektes 1260 e. V. Steffen Schorcht von der Bürgerinitiative Grünheide zeigt am

Beispiel der Tesla-Gigafactory, dass einzelne Maßnahmen des sogenannten Green New Deals nur eine neue und „grüne“ Ausgestaltung des kapitalistischen Systems, aber nicht nachhaltig seien. Die Klimakrise werde mit den sogenannten ökologischen Autos nur verlangsamt, aber nicht aufgehalten. Denn auch hier würden Naturressourcen ausgebeutet, die Umwelt verseucht und Treibhausgase ausgestoßen, so der Umweltaktivist. Arbeitskräfte für erneuerbare Energien seien zu Zehntausenden in den zurückliegenden Jahren abgebaut worden. Tausende neue Arbeiter*innen kommen nun in Verkehrsströmen zu Tesla und beanspruchen mehr Energie. Die Produktion selbst brauche große Mengen an Elektroenergie, Erdgas und Wasser. Die Ressource Grundwasser sei aber ein großes Problem in der Region. Weitere Produktionsstätten sollen zudem in Wasserschutzgebieten entstehen. Es werden mehr Kunststoffe für die Autos benötigt. Toxisches Lithium wird in den Akkus verwendet. Das Recycling der Batterien sei schädlich usw., so Steffen Schorcht.

Um die Natur wieder herzustellen seien radikale Lösungen wie die Verringerung von Flächen, Energien und Ressourcen entscheidend, fügt Valeria Buschi ein.

Diskutanten werben für lokale Wirtschaftskreisläufe. Wasser müsse in der Region gehalten werden. Dazu könnten u. a. Kleinkläranlagen beitragen. Wasser- und Energieversorgung – die Daseinsvorsorge – gehörten generell in öffentliche Hand und dürften nicht privaten Interessen dienen. Dabei ist zu würdigen, dass in unserer Region das teure Gut Wasser von kommunalen Wasserverbänden verwaltet werde.

In Brandenburg gäbe es seit Jahren keine Grundwasserneubildung mehr, heißt es in der lebhaften Debatte weiter. Der sinkende Wasserstand des Straussees sei ein generelles Problem und Folge gestiegener Temperaturen und Verdunstung sowie eines größeren Wasserverbrauchs. Dies sei auch in vielen anderen Seen zu beobachten. Doch die Politik reagiere zu langsam und müsse stärker mobilisiert werden. Klimaaktivisten müssen unterstützt werden.

Renate Adolph

Teures Gut Wasser im Umweltausschuss beraten

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt im Kreistag Märkisch-Oderland beriet Anfang November über den Umgang mit dem teuren Gut Wasser im Landkreis.

Grundlage bildete eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN angesichts der sinkenden Wasserverfügbarkeit durch den Klimawandel.

Die Abgeordneten verständigten sich darüber, in kommenden Sitzungen ausführlich jeweils zu einzelnen Themen wie Auswirkungen auf Natur, Landwirtschaft, Siedlungen, Gewerbe und Industrie sowie auf die Trinkwasserverfügbarkeit mit Fachleuten der zuständigen Gewässerunterhaltungs- und Wasserverbände der Region zu beraten. Schließlich

bestehen dringende Aufgaben u. a. bei der Be- und Entwässerung sowie Wasserspeicherung. r. a.

Zeit zu handeln!
**Für soziale Sicherheit,
 Frieden und
 Klimagerechtigkeit**

◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Schüler*innen wollen Solidarprinzip Polit-Talk im Gymnasium mit Landtagsabgeordneten



Foto: S. Schubert

Es ist schon eine kleine Tradition, dass sich Abgeordnete des Landtages Brandenburg mit Schüler*innen vom Bernhardinum Gymnasium in Fürstenwalde zum Polit-Talk treffen.

In diesem Jahr, am 14. November, waren aus der Region Bettina

Fortunato (DIE LINKE), Krysti Augustin (CDU), Erdmute Scheufele (GRÜNE), Dennis Hohloch (AfD) sowie der Kreistagsabgeordnete aus Potsdam-Mittelmark, Hans-Peter Goetz (FDP) dabei.

Die Mädchen und Jungen diskutierten mit den Politiker*innen u. a. die Frage, ob Staaten bei politischen oder kriegerischen Auseinandersetzungen Sanktionen gegeneinander einsetzen sollten. Die Jugendlichen sprachen sich überwiegend verhalten gegen Sanktionen aus. Bettina Fortunato plädierte für Diplomatie, um Kriege zu beenden. Sanktionen würden die Menschen auf allen Seiten treffen.

Bei den Themen Umwelt und so-

ziale Spaltung überwog bei den Jugendlichen die Meinung, dass zu wenig Geld für das Klima und die Ärmsten eingesetzt werde. Kosten für die Bewältigung von Krisen würden vor allem auf die „Kleinen“ abgewälzt und die großen Unternehmen kaum zur Kasse gebeten. Es sollte ein Solidarprinzip gelten. Denkbar wäre eine Reichensteuer, um Bedürftigen zu helfen. Das Leben müsse auch von den Ärmsten bezahlbar sein. Jeder in der Gesellschaft sollte die gleichen Chancen haben.

Bei diesen Ansichten wunderte es nicht, dass Bettina Fortunato von den LINKEN mit ihren Argumenten am Besten bei den Schüler*innen ankam. s.sch.

Unser Brandenburg-Plan für Krisenhilfe Sebastian Walter zum Haushaltsentwurf der Regierung

Am 15. November erklärte der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Sebastian Walter: „Der Haushaltsentwurf der Landesregierung orientiert sich nicht an den realen Bedarfen. In verschiedenen Bereichen sind strukturelle Mehrausgaben notwendig. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Landesregierung die sogenannten freiwilligen Ausgaben einfach fortschreibt. Bei gleichzeitig anziehenden Preisen bedeutet dies faktische Kürzungen. Es geht um die Sicherung von Existenzen, um akute Hilfen. DIE LINKE beantragt deshalb u. a.

- die Einführung der vollen Kitabeitragsfreiheit (195 Mio. Euro für 2023; 160 Mio. Euro für 2024)
- Deckelung des Essensgeldes für Hort/Kita/Schule (80 Mio. Euro pro Jahr)
- langfristige Absicherung von Schulen mit multiprofessionellen Teams und zusätzlichem Unterstützungs-

Personal und Schulsozialarbeit an jeder Schule (40 Mio. Euro pro Jahr plus 5,3 Mio. Euro pro Jahr)

- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für den Ausbau erneuerbarer Energien (2 Mio. Euro pro Jahr)
- Unterstützung der Tafeln (1 Mio. Euro pro Jahr)
- einen Härtefallfond für Bürgerinnen und Bürger, deren Existenz infolge der hohen Preise bedroht ist (150 Mio. Euro auf zwei Jahre)
- Nothilfen für die Unternehmen (200 Mio. Euro auf zwei Jahre)
- einen Schutzschirm für Pflege- und Rehaeinrichtungen in Form von Zuschüssen für die Betriebskosten (10 Mio. Euro auf zwei Jahre)
- einen Rettungsschirm für die soziale Infrastruktur im Land (100 Mio. Euro auf zwei Jahre)
- einen Schutzschirm für die Kommunen (600 Mio. Euro auf zwei Jahre)

- einer Klima- und Transformationsfond (400 Mio. Euro auf zwei Jahre)

- Anpassung der Kindertagesbetreuung an die Bedarfe (700 Mio. Euro auf zwei Jahre)

- Investitionen zur Umsetzung der Verkehrswende im kommunalen ÖPNV (240 Mio. Euro auf zwei Jahre)

- ein energetisches Sanierungsprogramm: sozialer Wohnungsbau (500 Mio. Euro auf zwei Jahre)

- ein Programm Bürgernetze mit Gründung einer Landesnetzagentur zur Unterstützung der Kommunen beim Rückkauf der Energienetze (100 Mio. Euro)

Dabei orientiert sich DIE LINKE an den von der Finanzministerin genannten 5 Milliarden Euro, die notwendig wären, um die Krisenfolgen für die Menschen in Brandenburg abzufedern.“

◀ **Kiek ins Land**

Kräuter, Streuobstwiese und Heuhotel

Sybille Knospe über das Natur-Kleinod der Kretschmanns

Am Eingang von Bad Freienwalde an der B 158 überrascht ein Kleinod mit riesigem Garten, Naturschutzmuseum, Heuhotel, Eulenturm, Spielplatz, Wildbienenlehrpfad, Kunst und natürlich dem Erna-und-Kurt-Kretschmann-Archiv.

Impulse sprach mit Sybille Knospe. Sie ist langjähriges Vorstandsmitglied des Vereins „Haus der Naturpflege e. V.“, Mitglied der Linkspartei, meine (r. a.) einstige Biologielehrerin und mit dem Schau- und Lehrgarten eng verbunden.

Sybille, was fasziniert Dich seit vielen Jahren an dem großen schönen Garten der Kretschmanns?

In dieser Anlage steckt sehr viel Naturschutzgeschichte der DDR. Jährlich haben Erna und Kurt Kretschmann bis zu 5000 Kurgäste, Schüler und andere Besucher durch die Anlage geführt und ihnen ihre Verantwortung für die Natur bewusst gemacht. Über 1000 Pflanzenarten von drei Erdteilen stellten sie den Gästen vor und zeigten Beispiele für die Gartengestaltung. Zudem wirkten sie als Kreisnaturschutzbeauftragte auch über ihren Garten hinaus. Das Naturschutzsymbol – die schwarze Waldohreule auf gelbem Grund – wurde auf Initiative von Kurt Kretschmann geschaffen und verbreitete sich von dem Haus der Naturpflege der Kretschmanns über das ganze Land.

Für ihr Lebenswerk haben sie 1993 den Europäischen Umweltpreis erhalten und 1999 wurden sie Ehrenbürger von Bad Freienwalde.

Wie kam es zur Vereinsbildung?

Von 1983 bis zur Wende leitete ein Lehrerehepaar die Anlage.

Danach konnte die Bundesrepublik keine zwei Arbeitskräfte mehr dafür bezahlen. Der damalige Bürgermeister wollte den Bauhof zweimal jährlich mit dem Rasenmäher durch den Garten schicken. Da entschloss sich der Freundeskreis der Kretschmanns auf Initiative von Anke Jenssen (heute Vereinsvorsitzende) und Kerstin Götter (Geschäftsführerin) 1993 einen Verein zu gründen. Dieser feiert im nächsten Jahr sein 30-jähriges Bestehen und hat 156 Mitglieder in ganz Deutschland.

Wie organisiert der Verein die vielen Angebote wie Umweltbildung für Schüler, Führungen, Ausstellungen, Veranstaltungen, Pflege?

Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, da wir bisher nur einen geförderten Arbeitsplatz vom Land Brandenburg bekommen. Die meiste Arbeit wird ehrenamtlich von Mitgliedern des Vereins geleistet. Darüber hinaus beteiligen sich Jugendliche, die ein freiwilliges ökologisches Jahr leisten und Mitarbeiter im Bundesfreiwilligendienst. Hier bekommen wir leider nie so viele Helfer, wie wir eigentlich beschäftigen könnten. Das Problem ist, wenn sich diese Mitarbeiter, die ja keine gelernten Gärtner sind, eingearbeitet haben, ist diese Dienstzeit bereits wieder beendet. Im Garten müsste man schon wenigstens 2 – 3 Jahre arbeiten, um die sich verändernden Kulturen im Jahreswechsel zu verstehen.

Welche Veranstaltungen in eurer „Grünen Advent“ gibt es im Dezember?

Am 30. November konnte man bei uns zum Beispiel Adventsge-
stecke basteln. Das wird immer sehr gut angenommen. Vor den



Weihnachtsferien kommen drei Schulklassen zu uns. Die Kinder lauschen einem Puppentheaterstück, backen Plätzchen und essen Stockbrot am Lagerfeuer. Die vielfältigen Veranstaltungen können auch unserer Homepage www.haus-der-naturpflege.de entnommen werden.

Euch allen weiterhin viel Erfolg in der so wichtigen Umweltarbeit!

Gedenken an Erna und Kurt Kretschmann

Am 6. Januar treffen sich Mitglieder der LINKEN und Freunde des Hauses der Naturpflege wieder traditionell um 14 Uhr am Grab von Erna und Kurt Kretschmann auf dem evangelischen Friedhof Bad Freienwalde, Frankfurter Straße 99, um der Umweltaktivisten zu gedenken. Anschließend gibt es ein gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen und guten Gesprächen.

Bürgerbüros**Bettina Fortunato (MdL)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Urlaub vom

19. – 31. 12. 2022

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Montag bis Donnerstag

10.00 -12.30 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

Urlaub vom

19. 12. 2022 – 06. 01. 2023

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Urlaub vom

19. – 31. 12. 2022

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 18. Dez. 2022

Erscheinen: 3. Jan. 2023

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat

◀ Treffpunkt Große Straße 45

Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg.

Gemeinsames Frühstück – jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

DIE LINKE hilft bei Technik: Computer, Handy, Geräte

jeden 3. Sonntag im Monat, 11–13 Uhr vor Ort oder per Video: bit.ly/03341

DIE LINKE hilft : Kostenlose Rechtsberatung

jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr, vor Ort oder <https://videokonferenz.dielinke.de/b/mat-olu-Osb-etw>

Vom 19. 12. 2022 bis 1. 1. 2023 ist die Geschäftsstelle geschlossen.

◀ Wusstest Du schon?**Der ökonomische Selbstmord Deutschlands**

„Ich erwarte, dass bei den deutschen Konzernbossen eine Restvernunft geblieben ist und sie sich gegen den weiteren ökonomischen Selbstmord Deutschlands zur Wehr setzen. Ich würde Olaf Scholz raten, ein Minimum an Unabhängigkeit und auch ökonomischen Überlebenschancen Deutschlands zwischen Washington und Asien zu bewahren und pragmatische und konstruktive Handels-, Austausch-, Kooperations-, und Lernbeziehungen mit China weiterzuentwickeln. Weiter den Anweisungen aus Washington zu folgen, sich von Südostasien zu entkoppeln und die Welt in zwei isolierte Teile zu zerlegen – was Washington und die Wall Street übrigens selber nicht tun, aber natürlich gern vom Konkurrenten Deutschland verlangen – wäre ein Höhepunkt an Chaotikum.“

Das unterstrich Wolfram Elsner, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Bremen, der in Europa, in den USA, Australien, Südafrika, Mexiko und China lehrte, in einem nd-Gespräch am 3.11.2022.

Weihnachtlicher Jahresabschluss**DIE LINKEN**

aus Hoppegarten und Neuenhagen treffen sich

zum gemütlichen Beisammensein mit eigenen kulturellen Einlagen und guten Gesprächen

am 16. Dezember um 17 Uhr

im Haus der Generationen Lindenallee 12 in Hoppegarten.

